

**Nr. 18/854**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Mietenanstieg begrenzen – Bundesratsinitiative unterstützen  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 27. August 2013  
(Drucksache [18/1036](#))
2. Wissenstransfer als Impulsgeber der Wirtschaftsentwicklung fördern  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 22. August 2013  
(Drucksache [18/1030](#))
3. Schaffung und Förderung von barrierefreiem Wohnraum in Bremen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 24. September 2013  
(Drucksache [18/1064](#))  
  
D a z u  
  
Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2013  
(Drucksache [18/1105](#))
4. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Eigenbetrieb Performa Nord  
Eigenbetrieb des Landes Bremen  
Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2013  
(Drucksache [18/1086](#))  
1. Lesung  
2. Lesung
5. Förderung und Sanierung von Sportstätten im Land Bremen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 5. November 2013  
(Drucksache [18/1114](#))
6. Gewalt am Rande von Fußballspielen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 5. November 2013  
(Drucksache [18/1115](#))
7. Kinder und Jugendliche im Drogenumfeld  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 5. November 2013  
(Drucksache [18/1116](#))  
  
D a z u  
  
Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2013  
(Drucksache [18/1203](#))

## Nr. 18/855

### Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE über folgendes Thema durch:

**„Silberstreifen am Horizont oder dunkle Wolken? Auswirkungen der Koalitionsvereinbarung im Bund auf Bremen und Bremerhaven“.**

Die von den Abgeordneten Carl Kau, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU beantragte Aktuelle Stunde mit folgendem Thema:

**„Rot-grünes Postengeschacher in Bremerhaven – ein Fall für die Kommunalaufsicht des Landes“.**

ist inzwischen vom Antragsteller zurückgezogen.

## Nr. 18/856

### Mehr qualifizierte Abschlüsse – Arbeitsförderung konsequent auf Armutsbekämpfung ausrichten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 24. September 2013  
(Drucksache [18/1075](#))

D a z u

### Änderungsantrag der Gruppe BÜRGER IN WUT vom 5. Dezember 2013

(Drucksache [18/1197](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die für die bremische Arbeitsförderung bereitgestellten zusätzlichen Landesmittel konsequent für die Armutsbekämpfung durch Integration in Arbeit zu verwenden und hierfür gegebenenfalls erforderliche innovative Instrumente zu entwickeln und zu erproben. Von der künftigen Arbeitsmarktförderung (EU- und Landesmittel) sollen insbesondere Arbeitslose unter 35 Jahren, alleinerziehende Eltern, Menschen mit Migrationshintergrund und Frauen profitieren.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass abschlussbezogene Maßnahmen für Frauen und Männer unter 35 Jahren bei der Fortschreibung des Bremer Arbeitsmarktprogramms einen deutlichen Schwerpunkt bilden. Konkret sollen
  - a) für alle Jugendlichen Zugänge zu Ausbildung und Arbeit im Sinne der EU-Forderung einer „Jugendgarantie“ gesichert werden und dafür u. a. die Übergänge aus dem allgemeinbildenden Schulsystem in die berufliche Bildung so organisiert werden, dass Warteschleifen im Übergangssystem vermieden werden. In diesem Kontext ist die Einrichtung von „Jugendberufsagenturen“ in Bremen und Bremerhaven, in denen die Vielzahl der bestehenden Beratungseinrichtungen aufgehen soll, noch in diesem Jahr zu prüfen.
  - b) in begrenztem Umfang und in Kooperationen mit der Wirtschaft überbetriebliche Ausbildungsplätze in Bereichen angeboten werden, in denen betriebliche Ausbildungsplätze nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Ergänzend ist für diejenigen, die nicht unmittelbar von der allgemeinbildenden Schule in eine berufliche Ausbildung wechseln können, die Möglichkeit eines anrechnungsfähigen Berufsbildungsjahres an den Berufsschulen als Einstieg in eine garantierte Ausbildung in Betrieben zu prüfen.

- c) Angebote an abschlussbezogener Qualifizierung, insbesondere für junge Erwachsene, die über keinen oder einen entwerteten Berufsabschluss verfügen, ausgeweitet werden. Dabei u. a. ist zu prüfen, ob finanzielle Anreize, z. B. für junge Eltern, die Bereitschaft zur Aufnahme einer länger andauernden Qualifizierung und deren erfolgreichen Abschluss fördern. Die Ergebnisse entsprechender Modellversuche in anderen Regionen sind in die Prüfung einzubeziehen.
  - d) Möglichkeiten geprüft werden, die es Studienabbrecherinnen/Studienabbrechern erleichtern, ihre bereits nachgewiesenen theoretischen und praktischen Qualifikationen in einer dualen Berufsausbildung auch formal anerkennen zu lassen, um ihre betrieblichen Ausbildungszeiten – falls die Voraussetzungen gegeben sind – bis auf eineinhalb Jahre zu reduzieren.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die Angebote abschlussbezogener Qualifizierung auch für un- und angelernte Beschäftigte weiterentwickelt werden, um ihre Arbeitsmarktposition zu verbessern, ihre Aufwärtsmobilität zu erhöhen und damit einen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten. Der Senat wird gebeten, hierzu mit der Arbeitsverwaltung, den Jobcentern, den Tarifpartnern und den Kammern ein bedarfsgerechtes Konzept abzustimmen und umzusetzen. Unverzichtbarer Bestandteil muss dabei die überwiegende Finanzierung durch die Unternehmen sein.
  4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, zusammen mit der Arbeitsverwaltung und den Jobcentern innovative arbeitsmarktpolitische Instrumente zu entwickeln und zu erproben, die im Sinne von „learning by doing“ Arbeit und Qualifizierung so verknüpfen, dass insbesondere Langzeitarbeitslose mit länger zurückliegender Bildungs- oder Qualifizierungserfahrung erreicht werden. In diesem Kontext wird der Senat gebeten zu prüfen, ob dabei im Vorgriff auf eine bundesgesetzliche Regelung finanzielle Anreize für Langzeitarbeitslose geschaffen werden können, die solche Qualifizierungsmaßnahmen erfolgreich abschließen.
  5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, darauf hinzuwirken, dass bei den arbeitsmarktpolitischen Angeboten der Beratungsstellen, Beschäftigungs- und Bildungsträger im Land Bremen Mehrfachstrukturen konsequent abgebaut werden, und sicherzustellen, dass alle Maßnahmen eine klare Arbeitsmarktorientierung aufweisen.
  6. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, zusammen mit den Jobcentern für besonders arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose Maßnahmen fortzuentwickeln und anzubieten, die zwar sozialintegrativ ausgerichtet sind, dabei aber auf Erwerbsorientierung als weiteren Schritt der Entwicklung zielen. Der Senat wird gebeten, hier auch Initiativen zu entwickeln, die Integration in Betriebe der privaten Wirtschaft, in Betriebe im Anteilsbesitz der öffentlichen Hand und in Eigenbetriebe ermöglichen.
  7. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass öffentlich geförderte Beschäftigung ohne Abstriche an ihren arbeitsmarktpolitischen Zielen so weit wie möglich mit den Programmen zur Deckung bestehenden Bedarfs sozial benachteiligter Stadtteile verzahnt werden. Bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die die Aufgabenerledigung von Einrichtungen oder Verwaltungen unterstützen, ist jeweils zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie diese an der Finanzierung angemessen beteiligt werden können.
  8. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die in den vorstehenden Beschlusspunkten genannten Leitthemen und Zielgruppen bei der Fortschreibung des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) so zu berücksichtigen, dass sie als Schwerpunkte deutlich sichtbar und auch finanziell entsprechend gewichtet werden.
  9. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene weiter nachdrücklich für eine stärkere Gewichtung von abschlussorientierten Qualifizierungen als Instrument der Arbeitsmarktförderung und eine entsprechende Bereitstellung von Bundesmitteln einzusetzen.

## Nr. 18/857

### **Haushalte 2014 und 2015 – Interessen des Landes durch richtige Schwerpunktsetzung voranbringen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 22. November 2013  
(Drucksache [18/1157](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 18/858

### **Finanzierung von Polizeieinsätzen bei gewinnorientierten Großveranstaltungen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 10. Dezember 2013  
(Drucksache [18/1201](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- zu prüfen, ob, wie und nach welchen Kriterien eine Beteiligung des Veranstalters einer gewinnorientierten Großveranstaltung an den Kosten des Polizeieinsatzes auf Basis landesrechtlicher Regelungen erfolgen kann;
- soweit hierfür Rechtsgrundlagen zu ändern sind, diese zu entwerfen;
- zu überprüfen, ob eine polizeiliche Präsenz bei gewinnorientierten Großveranstaltungen in jedem Fall in dem bisher erfolgten Umfang zur Aufrechterhaltung der Sicherheit im Umfeld dieser Veranstaltungen weiterhin notwendig ist;
- unabhängig vom Ausgang dieser Prüfung auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die Bundesländer auf die Veranstalter regelmäßiger gewinnorientierter Großveranstaltungen zugehen und mit Nachdruck deren finanzielle Beteiligung zumindest an besonderen oder besonders kostspieligen Einsätzen einfordern;
- der Bürgerschaft (Landtag) spätestens bis zum 30. Juni 2014 einen Bericht über das Ergebnis der Prüfungen zu erstatten.

## Nr. 18/859

### **Arbeitsverwaltung modernisieren - Studie der Arbeitnehmerkammer ernst nehmen – abschlussbezogene Qualifizierung stärken**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 10. Dezember 2013  
(Drucksache [18/1207](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 18/860

### **Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2014 und 2015**

Mitteilung des Senats vom 3. September 2013  
(Drucksache [18/1045](#))  
2. Lesung

### **Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2014 und 2015**

**hier: Veränderungsnotwendigkeiten gegenüber den von der Bürgerschaft (Landtag) bereits in erster Lesung beratenen Haushaltsgesetzes und Haushaltsentwürfen 2014/2015 (einschließlich Produktgruppenhaushalt)**

Mitteilung des Senats vom 12. November 2013  
(Drucksache [18/1125](#))

D a z u

**Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE (Drs. [18/1127](#) bis [18/1153](#), [18/1158](#) bis [18/1161](#)), Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. [18/1163](#) bis [18/1173](#), [18/1182](#) bis [18/1185](#), [18/1200](#) [Neufassung der Drs. [18/1186](#)])**

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE (Drs. 18/1127 bis 18/1153 und 18/1158 bis 18/1160) ab.

Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 18/1166) ist von den Antragstellern zurückgezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drs. 18/1163 bis 18/1165, 18/1167 bis 18/1173, 18/1182 bis 18/1184) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drs. 18/1185) wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die im Produktgruppenhaushalt 2014/2015 enthaltenen Angaben (Basisinformationen, Angaben zum Ressourceneinsatz, zu den Leistungszielen/-kennzahlen, Vergleichskennzahlen, Kapazitätsdaten etc.) in den Fällen anzupassen, in denen

1. im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen für die Jahre 2014/2015 eine Veränderung von Produktbereichs- bzw. Produktgruppenbudgets in einem für das jeweilige Budget erheblichen Umfange erfolgte,
2. zu den Personaldaten aktuellere Angaben zum voraussichtlichen Personalbestand in den Jahren 2014/2015 vorliegen,
3. zwischenzeitlich von den Ressorts neue bzw. aktualisierte – den Informationsgehalt der vorliegenden Produktbereichs- bzw. Produktgruppenblätter verbessernde – Angaben erarbeitet werden konnten.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Haushaltspläne in den in den Mitteilungen des Senats (Drs. 18/1045 und 18/1125) enthaltenen Fassungen für die Jahre 2014 und 2015.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts in den in den Mitteilungen des Senats (Drs. 18/1045 und 18/1125) enthaltenen Fassungen für die Jahre 2014 und 2015.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Produktgruppenhaushalte in den in den Mitteilungen des Senats (Drs. 18/1045 und 18/1125) enthaltenen Fassungen für die Jahre 2014 und 2015.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Stellenpläne in den in den Mitteilungen des Senats (Drs. 18/1045 und 18/1125) enthaltenen Fassungen für die Jahre 2014 und 2015.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Produktgruppenstellenpläne in den in den Mitteilungen des Senats (Drs. 18/1045 und 18/1125) enthaltenen Fassungen für die Jahre 2014 und 2015.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben und zur Ausschöpfung von Einnahmequellen im Zusammenhang mit einer Überschreitung der Höchstgrenze für Kreditaufnahmen (Art. 131 a LV) in den in den Mitteilungen des Senats (Drs. 18/1045 und 18/1125) enthaltenen Fassungen für die Jahre 2014 und 2015 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 18/1161) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drs. 18/1200 [Neufassung der Drucksache 18/1186]) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2014 in den in den Mitteilungen des Senats (Drs. 18/1045 und 18/1125) enthaltenen Fassungen in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2015 in den in den Mitteilungen des Senats (Drs. 18/1045 und 18/1125) enthaltenen Fassungen in zweiter Lesung.

## **Nr. 18/861**

### **Finanzplan 2012 bis 2017 der Freien Hansestadt Bremen**

Mitteilung des Senats vom 3. September 2013  
(Drucksache [18/1046](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Finanzplan 2012 bis 2017 der Freien Hansestadt Bremen Kenntnis.

## **Nr. 18/862**

### **Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012/2016**

Mitteilung des Senats vom 10. September 2013  
(Drucksache [18/1049](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012/2016 Kenntnis.

## **Nr. 18/863**

### **Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 3 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes – Stabilitätsbericht 2013**

Mitteilung des Senats vom 10. September 2013  
(Drucksache [18/1050](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 3 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes Kenntnis.

## **Nr. 18/864**

### **Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2014 und 2015**

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 9. Dezember 2013  
(Drucksache [18/1198](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.



